

Internet-Blog

# **kreuz-und-quer.de**

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,  
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Thomas Rachel MdB,  
Prof. Dr. Annette Schavan MdB, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 1. Quartal 2014

# **1 / 2014**

Die Autoren:

Norbert Arnold, Johannes Diekut-Bielsky, Stephan Eisel, Monika Kleine, Klaus Mertes, Thomas Schwarz, Wilfried Schumacher, Rudolf Seiters, Julia von Weiler

## Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Juli – August 2013 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

**Redaktion:**

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)**

# Inhaltsverzeichnis

Klaus Mertes SJ, Thesen zur neuen PISA-Studie.....	Seite 04
Monika Kleine, Zur Debatte um ein Prostitutionsverbot.....	Seite 06
Rudolf Seiders, Menschliche Flüchtlingspolitik.....	Seite 08
Johannes Diekut-Bielsky, Offensiv für das Gymnasium.....	Seite 10
Klaus Mertes, Schule und sexuelle Identität.....	Seite 13
Wilfried Schumacher, Karneval und Religion.....	Seite 15
Norbert Arnold, Organisierte Suizidhilfe verbieten.....	Seite 17
Thomas Schwarz, Der Papst der Peripherie.....	Seite 19
Stephan Eisel, Christliche Feiertage schützen.....	Seite 23
Julia von Weiler, Digitaler Kinderschutz.....	Seite 25

13. Januar 2014

Klaus Mertes, SJ

# Thesen zur neuen Pisa-Studie

Die neue PISA-Studie ist heraus, und es bleibt merkwürdig still. Offensichtlich ist Ernüchterung eingetreten. Die Inszenierung ist zwar immer noch die alte – so als ob den deutschen Schülern und allen anderen Schülern der Welt durch diese Studie eine Art Zeugnis von qualifizierter Seite her ausgestellt würde. Doch in den Schulen interessieren sich immer weniger Lehrer und Schüler für die Ergebnisse. Gott sei Dank, könnte man hinzufügen – wenn man nicht an den Schulen vor Ort zugleich spüren würde, wie sehr das Messen und Evaluieren nach den Kriterien der OECD inzwischen vor Ort ermüdende Wirkungen hat.

Schlagzeilen wie „Deutschlands Schüler holen auf“, oder „Deutsche Schüler deutlich überdurchschnittlich“ erfreuen mich nicht. Das beflissene Lob basiert unausgesprochen auf der Anerkennung des Wettbewerbsprinzips, das PISA vorgibt. Die „Vergleichsstudien“ sind eigentlich Wettbewerbstudien. OECD und die sich ihr unterwerfende Mentalität schicken Kinder und Jugendliche auf die Rennbahn, um sie durch Konkurrenz für die Konkurrenz fit zu machen. So wird das dann auch in der Öffentlichkeit beifällig kommentiert, wenn die deutschen Schüler „über dem Mittelfeld liegen“. Sage mir, wozu du applaudierst, und ich sage dir, wie du denkst.

Mit ihrem „Kompetenz“-Begriff maßt sich eine demokratisch nicht legitimierte und namentlich nur in Spezialistenkreisen bekannte Elite an, überkulturelle und übersystemische Vergleichskriterien für Bildung zu erschaffen. So kann man dann Bildungsstandards von Mexiko über Deutschland bis China und Japan vergleichen. Der Abstraktionsgrad der überprüften „Kompetenzen“ ist so hoch, dass die Ergebnisse für das einzelne System bedeutungslos sind. Zugleich meldet sich ein ebenso globaler wie inhaltsleerer Machtanspruch mit dem alten kapitalistischen Motto zu Wort: Wenn alle beim Wettbewerb mitmachen und vorne sein wollen, ist das für alle am besten.

Mit den Ergebnissen ihrer Studien liefern die Bildungs-Messer die Daten, auf die Bildungspolitik dann ihre Entscheidungen aufbaut. Zugleich aber entziehen sich die Bildungs-Messer der Verantwortung für die politischen Entscheidungen: „Wir messen nur. Für das Handeln ist die Politik verantwortlich.“ Entsprechend ist das deutsche Bildungssystem in den vergangenen Jahren einem chaotischen Reformzirkus ausgesetzt worden, der die Eltern in Panik versetzt, die Schüler und Lehrer immer mehr erschöpft, während die PISA-Messer ihre Glasperlenspiele, die keine sind, mit Hilfe öffentlicher Gelder weiter spielen.

Die OECD überzieht das deutsche Schulsystem gebetsmühlenmäßig mit zwei widersprüchlichen Rückmeldungen: 1. Das deutsche Schulsystem ist extrem ungerecht. 2. Die deutschen Schüler hinken im internationalen Vergleich hinterher (seit gestern nicht mehr ganz so sehr – aber wir dürfen uns nicht auf den „Erfolgen“ ausruhen). Mehr oder weniger alle Reformen, die nach dem PISA-Schock eingeläutet wurden, haben im Ergebnis den Zeit-, Test- und Leistungsdruck auf Lehrende und Lernende erhöht und zugleich das Lernniveau gesenkt. Inzwischen scheinen sich die deutschen Schüler auch den neuen Testformaten besser angepasst zu haben. Mit alledem ist kein einziges Problem der Bildungsgerechtigkeit gelöst.

Länderübergreifend wird das deutsche Schulsystem so umgebaut, dass das Abitur immer weniger dem traditionellen „Standard“ verpflichtet ist, den bisher das Gymnasium für das Abitur vorgab:

Sprach- einschließlich Fremdsprachenkompetenz, eigenständiges Denken (*sapere aude*), kulturelles Wissen und Wissenschaftspropädeutik. Auch damit ist aber auf Dauer keine bessere Zugänglichkeit von Bildung für bildungsferne Schichten garantiert. Immer mehr Eltern werden mit ihren Kindern in teure Privatschulen fliehen, notfalls ins Ausland, um ihren Bildungsstandard zu halten. Und im tertiären Sektor wird eine immer kleinere Elite auf Exzellenz-Universitäten, die finanziell besonders gefördert werden, nachholen, was sie schulisch nicht lernen konnte und durfte, um wissenschaftlich arbeiten zu können.

Warum ist eigentlich ausgerechnet die OECD für internationale Vergleiche zum Thema Bildung zuständig? Weil Ökonomie die Schlüsselwissenschaft für den Sinn und das Verständnis von Bildung ist? Offensichtlich ist das inzwischen Konsens. Bildung ist für die OECD das „Mega-Thema“, weil es das Mega-Instrument für Markt- und Wachstumspolitik ist. So kann man dann auch Gesellschaftspolitik in Bildungspolitik aufsaugen: Das entlastet wiederum die Politik. Beispiel: Man kann sich in Deutschland weiterhin weigern, eine geordnete Immigrationspolitik zu betreiben, indem man dem Bildungssystem die Aufgabe der Integration zuschiebt und ansonsten die Hände in den Schoß beziehungsweise das Thema den Asylrichtern zu Füßen legt.

Ich werde morgen wieder in den Unterricht gehen und dafür kämpfen, dass Schüler Zeit haben zum Nachdenken. Ich werde mit erzieherischen Fragestellungen konfrontiert sein und mich ihnen widmen, Fragestellungen, über die im ganzen PISA-Rummel kein einziges Wort fällt. Ich werde zähneknirschend zusehen, wie den Kolleginnen und Kollegen von den Behörden immer mehr Bürokratie aufgepackt wird, ohne dass Entlastung in Aussicht ist – während die Politik ein Institut nach dem anderen aufbaut, das weiter messen und messen soll. Und ich werde mich niemals von dem Gedanken verabschieden, das weitab von den inhaltsleeren, global messbaren „Kompetenzen“ Bildung vor allem und zu allererst die Grundlage für eine humane Gesellschaft ist – dass Bildung also ein ethisches Ziel hat, das man weder mit „Lernstrategien“ erreichen noch am Ende als „output“ in Form von Kompetenzen messen kann.

*Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor kam Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*

20. Januar 2014

Monika Kleine

## **Ach Alice – zur Debatte um ein Prostitutionsverbot**

Marie Le Hanne Reichensperger, die Gründerin des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. Köln, begann 1899 mit der Prostituiertenhilfe. Seither engagiert sich der SkF e.V. unter den jeweils herrschenden sozialen Bedingungen, strafrechtlichen, moralischen und ethischen Vorgaben für Frauen, die der Prostitution nachgehen.

Die Prostituiertenhilfe folgt wie alle Angebote des SkF e.V. Köln von der Schwangerschaftsberatung bis zur Obdachlosenhilfe der Prämisse: Ich werde nie erfahren, wie und was mein Gegenüber denkt, fühlt und glaubt, wenn ich dem Menschen mir gegenüber sage, wer und was er zu sein, zu fühlen und zu glauben hat. Aber genau das tun die, die die Prostitution verbieten wollen: Sie sagen den Frauen – die männliche Prostitution kommt in der Diskussion nicht vor – in der Prostitution, dass sie Opfer sind und sich gefälligst auch als Opfer zu fühlen haben.

Die Diskussion ist nicht neu, sie begann bereits Anfang 2005. Da setzte die BILD-Zeitung die Meldung in die Welt, zur Fußball-WM 2006 würden mindestens 40.000 Prostituierte zusätzlich nach Deutschland einreisen. Der SPIEGEL nahm diese Meldung auf und erhob sie zur seriösen Berichterstattung, schließlich hatte man recherchiert, dass in Köln das Großbordell „Pascha“ neu gestrichen und „Verrichtungsboxen“ auf einem eigens zugewiesenen Gelände aufgestellt worden seien.

Bis das erste Spiel angepfiffen wurde, hatte die Presse weltweit über Köln, das vermeintliche Prostitutionsgeschehen und das Prostitutionsgesetz berichtet und aus Deutschland war das Land des Menschenhandels und der Zwangsprostitution geworden.

Die damals begründete Allianz aus feministisch bewegten Frauen und Männern und konservativen Kräften nutzte und nutzt die mediale Verknüpfung von Prostitution, Zwangsprostitution und Menschenhandel, um ihre Agenda, die Abschaffung des Prostitutionsgesetzes und das Verbot der Prostitution, durchzusetzen. Feministinnen und Konservative eint vor allem die Sicht auf das Thema „Sexualität“. Wer sexuelle Beziehungen zwischen Mann und Frau immer als Unterwerfung der Frau betrachtet, der muss Prostituierte zwangsläufig als Opfer sehen, die ihres Körpers, ihrer Seele, Freiheit, ihrer Integrität und Zukunft beraubt werden. Geht man von diesem Menschenbild aus, dann müssen Prostituiertenorganisationen und die Prostituiertenhilfe, sofern sie die eigene Weltsicht nicht teilen, zu Mittätern erklärt oder marginalisiert werden.

Eine offene Diskussion über den ja durchaus vorhandenen Veränderungsbedarf ist so nicht mehr möglich. Schließlich kennt niemand die Fakten. Es kann nur geschätzt werden, wie viele Prostituierte unter welchen Bedingungen in Deutschland arbeiten. Was wir wissen ist, dass das Prostitutionsgeschehen vielfältig ist – es reicht vom Striptease, über Internetportale, den luxuriösen Escort-Service bis zum Straßenstrich in einem heruntergekommenen Wohnviertel oder einem Industriegebiet. Und gerade in diesem Prostitutionsmilieu engagieren sich der SkF e.V. Köln, weitere lokale SkF-Ortsvereine (Essen, Dortmund) und andere Beratungsstellen.

2001 wurde in Köln die Verlagerung des Straßenstrichs auf ein eigens ausgewiesenes Gelände an der Geestemünder Straße abgeschlossen. Zuvor waren die damals meist drogenabhängigen Frauen rund um den Ebert- und den Reichenspergerplatz der Prostitution nachgegangen. Nachdem für die Innenstadt eine Sperrbezirksverordnung erlassen worden war, stieg der Verfolgungsdruck der Ord-

nungsbehörden. Die Frauen stiegen in das Auto des Freiers, auch wenn sie ein schlechtes Gefühl hatten und keine Gelegenheit, sich z.B. die Autonummer zu merken. Sie fuhren mit den Freiern in entlegene Gebiete, wo sie Gewaltübergriffen oder Vergewaltigungen schutzlos ausgeliefert waren, für Hilfen waren sie kaum erreichbar. Wöchentlich mehrfach kam es zu gewaltsamen Übergriffen und so hatten auch die Polizei- und Ordnungskräfte bald den Eindruck, die Falschen zu verfolgen. Auf die für alle ständig problematischer werdende Situation reagierten Politik, Verwaltung, Polizei und SkF e.V. mit dem Konzept „Prävention und Aufklärung vor Repression“, das vom Stadtrat angenommen wurde .

Im Kern geht es bis heute um die Schaffung eines sicheren Geländes und die psychosoziale und gesundheitliche Begleitung und Versorgung der Prostituierten. Das etwa fußballfeldgroße Gelände an der Geestemünder Straße umgibt ein Sichtschutzzaun, am Eingang steht der Beratungscontainer des SkF, der 365 Tage im Jahr besetzt ist, Mitarbeiter von Polizei und Ordnungsamt sind regelmäßig vor Ort. Am Ende des Platzes stehen die von den Medien so genannten „Verrichtungsboxen“, die mit Sicherheitstechnik ausgestattet sind. Hier finden die sexuellen Dienstleistungen statt. Die Verlagerung des Straßenstrichs wurde wissenschaftlich begleitet, als Erfolg gewertet und in der Folge auch in Bonn, Essen und Zürich umgesetzt.

Das Gelände an der Geestemünder Straße ist kein schöner Ort, aber er ist sicher für die 30 bis 40 Frauen, die hier der Prostitution nachgehen, sei es nun täglich oder nur an einigen Tagen im Monat. Die meisten Frauen sind zwischen 25 und 40 Jahre alt. Manche haben in Clubs und Bordellen gearbeitet, andere immer schon auf der Straße. Fast alle Frauen konsumieren Alkohol, Kokain, andere Drogen, Tabletten oder alles zusammen. Die Prostituierten sind ledig, verheiratet, leben in Partnerschaften, sind kinderlos, leben mit ihren Kindern oder haben ihre Kinder in Fremdbetreuung geben müssen.

Die Frauen sind Kölnerinnen, Deutsche, Frauen mit Migrationshintergrund, die hier geboren oder eingewandert sind. Viele Frauen wurden bereits in schwierige Verhältnisse geboren, andere haben irgendwann einmal den vorgezeichneten Weg verlassen, viele Frauen sind suchtkrank, andere leiden unter einer körperlichen oder psychischen Behinderung, viele leben in unsicheren Wohnverhältnissen, in von Gewalt geprägten Beziehungen. Die meisten haben nur diese Szene und kaum andere soziale Kontakte. Die Mitarbeiterinnen des SkF e.V. helfen den Frauen bei den kleinen und großen Problemen des Alltags, geben Rückhalt und Unterstützung in der Prostitution und beim Ausstieg.

Der SkF e.V. Köln ist gegen die Abschaffung der Prostitution, weil das nicht helfen, sondern die Verhältnisse vom Ebert- und Reichenspergerplatz wiederbeleben würde.

Wir wollen, dass die gesetzlichen Sanktionsmöglichkeiten bei Menschenhandel, sexuellem Missbrauch, Nötigung und Vergewaltigung konsequent umgesetzt werden. Dazu ist es notwendig, Frauen und Männer, die Opfer wurden, durch ein verändertes Bleiberecht zu motivieren, Anzeige zu erstatten und gegen die Täter auszusagen. Wir fordern die notwendigen Änderungen im Gewerberecht endlich umzusetzen. Wir wollen verlässliche Angebote zur gesundheitlichen und psychosozialen Beratung von Frauen und Männern, die in der Prostitution arbeiten. Und für die, die aussteigen wollen, fordern wir attraktive Qualifizierungsangebote.

*Monika Kleine hat in Freiburg Diplom Sozialpädagogik studiert und ist seit 1993 Geschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. Köln. Sie ist Mitglied des Diözesancaritasrates für das Erzbistum Köln und des Caritasrates für die Stadt Köln, des Vorstandes des Katholikenausschusses Köln und im Jugendhilfeausschuss der Stadt Köln.*

27. Januar 2014

Rudolf Seiters

## Menschliche Flüchtlingspolitik

Personen, die in ihrem Herkunftsland wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Angst um ihr Leben oder ihre persönliche Freiheit haben müssen, haben ein Recht auf Asyl. Grundlagen für das Asylrecht sind unter anderem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das von den Vereinten Nationen 1951 verabschiedete „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ (Genfer Flüchtlingskonvention), die Europäische Grundrechtecharta und – in Deutschland – unser Grundgesetz. Wesentliche Voraussetzungen für die Erlangung von Asyl sind der Zugang zu dem Land, in dem Asyl beantragt werden kann, und der Zugang zu einem fairen Asylverfahren.

Richten wir den Blick auf Europa: Lampedusa, die kleine italienische Mittelmeerinsel weit draußen vor den Küsten Siziliens, ist zum Inbegriff der Debatte darüber geworden, was Staaten, die sich durch die Unterzeichnung internationaler und europäischer Abkommen dezidiert zum Flüchtlingschutz verpflichtet haben, tun müssen, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

Wie gelangt man als Flüchtling aus Afrika oder Asien nach Europa?

Die legale Einreise mit einem Visum steht Flüchtlingen in der Regel nicht offen. Flüchtlingen ist daher oft nur eine illegale Einreise möglich. Viele bedienen sich dazu Schlepperorganisationen, die sie illegal über die Grenzen bringen, und zahlen dafür mit dem Vermögen ihrer Familien und oft mit ihrem Leben. Je dichter die Grenzen sind, umso gefährlicher und kostspieliger sind die Routen der Flüchtlinge. Welch verheerende Auswirkungen dies häufig hat, zeigen die Tragödien im Mittelmeer, wo inzwischen Tausende Menschen in seeuntauglichen Booten gekentert sind und ihr Leben verloren haben.

Wir sind als Nationale Gesellschaft der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung angetreten, menschliches Leiden überall und jederzeit zu verhüten und zu lindern, der Würde des Menschen Achtung zu verschaffen und dies ohne Unterschied von Nationalität, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der Religion und der politischen Überzeugung<sup>1</sup>. Was heißt das für eine menschliche Flüchtlingspolitik?

Menschenrechte dürfen weder auf hoher See noch an den Grenzen Europas außer Kraft gesetzt werden. Der Schutz des menschlichen Lebens muss immer wichtiger sein als der Grenzschutz. Die Rettung von in Seenot Geratenen muss nicht nur straffrei sein, die Verpflichtung dazu muss durchgesetzt werden. Auf hoher See und an der Grenze muss in besonderem Maße die Einhaltung des Non-Refoulement-Prinzips der Genfer Flüchtlingskonvention beachtet werden, welches es einem Staat verbietet, einen Flüchtling in ein Land zurückzuschicken, in dem sein Leben gefährdet sein könnte. Das DRK befürwortet die Einführung legaler und sicherer Zugangsmöglichkeiten für Asylsuchende nach Deutschland und Europa und eine Neuerung des Systems, indem die individuellen Bedürfnisse der Schutzsuchenden angemessen berücksichtigt werden.

Was die Flüchtlingssituation generell anbetrifft, so unterstreichen wir als DRK nachdrücklich die Aussagen des Bundespräsidenten, als er sagte, natürlich können wir die schrecklichen Probleme nicht dadurch lösen, dass die europäischen Staaten einfach ihre Grenzen öffnen. Wohl aber müssen

---

<sup>1</sup> vgl. Grundsätze der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaft und DRK-Satzung, § 1



wir als europäische reiche Länder die finanziellen Hilfen vor Ort verstärken und gleichzeitig in einem europäischen Solidarpakt die Aufnahmebereitschaft für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge erhöhen. Dabei ist eine gerechtere innereuropäische Verteilung nötig, die auch die persönliche Situation des einzelnen Flüchtlings und seine Bedürfnisse besser berücksichtigt.

Mit dem Anspruch, Not leidenden Menschen ein menschenwürdiges, gerechtes und freies Leben zu ermöglichen, haben sich die EU Mitgliedstaaten ein gemeinsames europäisches Asylsystem geschaffen. Das Ziel, Anerkennung, Aufnahmebedingungen und Asylverfahren für Flüchtlinge in allen Mitgliedstaaten auf einem hohen Niveau einheitlich zu gestalten und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen, ist bisher jedoch noch nicht erreicht.

Die Zahl der Flüchtlinge, die in die Europäische Union einreist, stellt nur einen Bruchteil der gesamten Flüchtlinge weltweit dar. Der Hauptteil von ihnen bleibt in den Herkunftsregionen. In erster Linie sind es die Nachbarstaaten von Krisenregionen, oft sehr arme Länder, die dann in kurzer Zeit die Aufnahme von vielen tausend Flüchtlingen organisieren müssen und damit häufig strukturell überfordert sind.

Der Bürgerkrieg in Syrien hat bereits mehr als 2 Millionen Flüchtlinge hervorgebracht, die allermeisten von ihnen sind in die Anrainerstaaten geflüchtet. Mehr als eine Million allein in 2013. Angesichts dieser humanitären Flüchtlingskrise sind sämtliche Staaten außerhalb der Krisenregion, soweit sie die über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, aufgerufen, vermehrt Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Deutschland hat sich nun bereit erklärt, weitere 5000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, denn wir können der Not und dem Leid dieser Menschen nicht tatenlos zusehen.

Die Neuansiedlung (Resettlement) von anerkannten Flüchtlingen aus solchen Staaten in Deutschland und anderswo stellt ein wirksames Instrument menschlicher Flüchtlingspolitik dar. Laut Koalitionsvertrag soll das bislang eher bescheidene deutsche Resettlementprogramm in den nächsten Jahren verstetigt und deutlich ausgebaut werden<sup>2</sup>: ein Schritt in die richtige Richtung, dem auch die europäischen Staaten folgen sollten, die bislang kein solches Programm vereinbart haben.

Eine menschliche Flüchtlingspolitik wird gewährleisten, dass Flüchtlinge Europa sicher erreichen können, dass sie aufgenommen, statt abgefangen werden, und dass sie nicht im Zuständigkeitsgerangel zwischen den Staaten zerrieben werden. Zu einer verantwortlichen Politik gehören europaweit einheitliche Standards auf hohem Niveau, menschenwürdige Lebensbedingungen und gleiche Chancen darauf, als Flüchtling anerkannt zu werden.

Es sollte dabei nicht vergessen werden, wie wichtig eine humane Aufnahme von Flüchtlingen für die spätere Integrationsfähigkeit in unsere Gesellschaft ist. Wer menschlich aufgenommen wird und sich willkommen fühlt, ist viel eher bereit, etwas zurückzugeben und danach zu streben, Teil der Gesellschaft im Aufnahmeland zu werden, als jemand, der in erster Linie als potenzielle Bedrohung der Sicherheit angesehen wird.

***Dr. Rudolf Seiters** (1937) ist seit 2003 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Davor war der Jurist über 30 Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages und u.a. Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben sowie Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Als DRK-Präsident ist der gebürtige Osnabrücker für die strategische Ausrichtung des Deutschen Roten Kreuzes verantwortlich.*

---

<sup>2</sup> s. S. 109 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD.18. Legislaturperiode. S. 109.

Johannes Dickhut-Bielsky

# Von der Defensive in die Offensive

## Überlegungen zur Diskussion ums Gymnasium

„Das Gymnasium ist die mit Abstand erfolgreichste Schulform in unserem Lande!“ Eine solch enthusiastische und absolut gesetzte Aussage mag in der bildungspolitischen Diskussion auf Befremden stoßen; meines Erachtens jedoch auf ein Befremden, das weniger aus einer zu beweisenden Fehlerhaftigkeit der Aussage selbst als vielmehr aus ihrer Un-Gehörtheit resultiert. Der ‚Kampf‘ um das Gymnasium wurde von dessen Befürwortern in der Vergangenheit viel zu oft aus der Defensive heraus geführt.

Ich halte diese Verteidigungstaktik für wenig zielführend. Defensive heißt in erster Linie, die Angriffe des Gegners frühzeitig zu erkennen, um diese erfolgreich abzuwehren. Ein gutes Beispiel für die Problematik dieser Taktik ist der Satz: „Wir sind für den Erhalt der Gymnasien!“ Mit diesem Satz legitimiere ich bereits die Forderung der Gegner nach der Abschaffung dieser Bildungsinstitution. Es versteht sich von selbst, dass eine öffentliche Debatte nur dann erfolgreich zu bestreiten ist, wenn Argumente des Gegners bekannt sind, um auf diese adäquat reagieren zu können. Jedoch haben sich zu viele, gerade im christdemokratischen Milieu, zu wenig Gedanken über eine schlüssige und erfolgversprechende Offensivstrategie gemacht. Hier will ich mit den folgenden Überlegungen anknüpfen.

Dabei ist klar, dass das Folgende keinen abschließenden Charakter haben kann. Vielmehr geht es um Anregungen für die Diskussionen, die nach wie vor aktuell sind, wenn nicht gar aktueller denn je.

### Der Erfolg des Gymnasiums

Das Gymnasium steht in einer langen Geistestradiation der ganzheitlichen Bildung und hat das Ziel, Schülerinnen und Schüler auf das Hochschulstudium vorzubereiten. Bei allen Veränderungen, denen das Gymnasium in den letzten Jahrzehnten unterworfen war, hat es an diesem Anspruch festgehalten und zum größten Teil auch erfüllt. Die größte Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem war (und ist zum Teil heute noch) die soziale Undurchlässigkeit. Die Institution Gymnasium kann in diesem Bereich Fortschritte vorweisen, wenngleich es weiterhin Anstrengungen bedarf. Dennoch bleibt unter dem Strich festzuhalten: (1) Die Qualität der Gymnasien ist allen ernstzunehmenden Untersuchungen nach international wettbewerbsfähig. (2) Das Gymnasium orientiert sich nach wie vor an ganzheitlichen Bildungsidealen, wobei die Ergänzung um naturwissenschaftlichen Schwerpunkt eine Bereicherung darstellt. (3) Die Gymnasien bieten mit dem Abitur nach wie vor eine adäquate Vorbereitung auf das Hochschulstudium. (4) Das Gymnasium hat sich allen sozialen Schichten geöffnet und bekennt sich in Theorie und Praxis zur **Leistungsauswahl**.

### Ja zum Dualismus

Die Verteidigung des Gymnasiums lief häufig nach der Devise: Wir verteidigen das dreigliedrige Schulsystem, denn damit verteidigen wir auch das Gymnasium. Warum wählte man diese Argumen-

tation? Sie entlastet davon, den Wert des Gymnasiums als solchen herauszustellen; fürchtete man doch den Vorwurf des bildungsbürgerlichen Dünkels, der keine Empathie für die ‚Abgehängten‘ entwickelt. Häufig erlebte man aus diesem Grunde gar ein starkes Eintreten für den Erhalt der Hauptschule. Ob es hierbei tatsächlich immer um die Hauptschule und nicht allzu oft ums Gymnasium ging?

Die Verteidigungsstrategie erlebte dort seine Risse, wo die Dreigliedrigkeit bröckelte. In dieser Situation geht es nun nicht mehr um den Erhalt mehrerer Schulformen, sondern um den Wert des Gymnasiums auf der einen und ‚allem anderen‘ auf der anderen Seite. An diesem Punkt setzt der Angstreflex vor dem Vorwurf des bildungsbürgerlichen Dünkels ein: Wenn ich sage, das Gymnasium ist für die ‚klugen‘ Kinder da, setze ich mich dem Vorwurf aus, alle anderen Kinder als ‚dumm‘ abzustempeln. Hier fehlt Mut. Ja, das Gymnasium geht nicht davon aus, dass sich der eigene Anspruch mit den Begabungen, Neigungen und Voraussetzungen aller Kinder in unserem Land deckt. Mit diesem Argument gewinnt man selbstverständlich nicht unbedingt bildungstheoretische Debatten. Jedoch darf die Beobachtung Mut machen, dass die übergroße Mehrheit in unserem Land – ihrem gesunden Menschenverstand folgend – dieser Einschätzung zustimmen können. Es gilt also, die Herausforderungen dieser Debatte anzunehmen, indem der Wert und die Vorteile des Gymnasiums besser herausgearbeitet werden. Dabei hilft eine Stärkung der bereits oben erwähnten Leistungsauswahl, unabhängig von der sozialen Herkunft. Denn wenn diese an unseren Schulen Realität ist, werden die Gegner des Gymnasiums in die Defensive getrieben.

### **Kampf gegen die schleichende Abschaffung des Gymnasiums**

In einigen Bundesländern erleben wir derzeit den Versuch der Abschaffung des Gymnasiums durch die Hintertür. So führt der unter anderem in Berlin von der SPD geforderte Einheitslehrer dazu, dass einer entscheidenden Legitimationsgrundlage des Gymnasiums der Boden entzogen wird. Auch eine Schlechterstellung des Gymnasiums bei der Finanzierung des Ganztagsbetriebs kommt schleichenden Abschaffungstendenzen gleich. Wer das Gymnasium stärken will, muss sich bereits an diesen Punkten in die bildungspolitische Debatte einbringen.

### **Deutungshoheit zurückgewinnen**

Gerade die bildungspolitischen Debatten werden von den Befürwortern des Gymnasiums vernachlässigt. Es genügt nicht, erst ganz zum Schluss auf die Barrikaden zu gehen. Es gilt, die Deutungshoheit über die Bildungspolitik zurückzugewinnen. Dabei hilft es, eigene Initiativen einzubringen. Vorschläge, wie bspw. die soziale Durchlässigkeit noch erhöht werden kann, müssen zum Alltag gehören. Erst wenn alle beteiligten Akteure begreifen, dass es den Gymnasiumsbeefürwortern um die Weiterentwicklung und Verbesserung der schulischen Realität und nicht nur um die einfache Verteidigung einer angeblich überkommenen Bildungsinstitution geht, werden deren Argumente ernstgenommen.

### **Sprachlosigkeit überwinden**

Die Bildungsdebatten der vergangenen Jahrzehnte war geprägt von Sprachlosigkeit: Lehrer verstehen Bildungsforscher nicht, Eltern fühlen sich gegenüber der Bildungsverwaltung nicht sprachfähig, Politiker sehen in Bildungseinrichtungen Instrumente der Sozialpolitik. Diese Aufzählung ist beliebig fortzusetzen. Kluge Bildungspolitik und damit die Stärkung des Gymnasiums kann nur funktionieren, wenn die entscheidenden Akteure – Lehrer, Eltern, Bildungsverwaltung und Bildungspolitik – gegenseitig sprachfähig sind. Egal, wie man im Einzelnen zu den Hamburger Schulplänen gestanden haben mag, die Ablehnung der dortigen Regierungspläne ist auch darauf zurückzuführen, dass

Eltern und Lehrer sich von den Entscheidungsträgern nicht verstanden fühlten; gleiches galt umgekehrt! Gerade Bildungspolitiker müssen sich zum Ziel machen, die gleiche Sprache wie die unmittelbar Betroffenen zu sprechen. Überheblichkeit, Bevormundungsstrategien und Besserwisserei sind hier fehl am Platz. Das Gymnasium wird von einem besseren Zuhören und dem Willen gemeinsam getragener Verantwortung profitieren, denn seine Stärke und Vorteile werden dann nicht mehr hinter theoretischen und sozialpolitisch motivierten Schlagwortargumenten versteckt werden können.

### **Personell aufrüsten**

Die eigentlich selbstverständlichste Überlegung zum Schluss: Um in den bildungspolitischen Debatten wahrgenommen zu werden, braucht es gute Spieler auf dem Platz. Wer das Gymnasium stärken und vor Angriffen schützen will, muss sich auch personell einbringen. Aus christdemokratischer Sicht halte ich es für das größte und unverzeihlichste Versäumnis, die Kultusministerien in den Ländern anderen überlassen zu haben. Mittlerweile regiert nur noch in Sachsen eine für die Schulen zuständige Landesministerin mit CDU-Parteibuch, wobei diese bezeichnenderweise erst nach Amtsantritt in die CDU eingetreten ist! Wenn die CDU als Befürworterin des Gymnasiums mitspielen will, muss sie ihre besten Leute auf den Platz schicken. Dies gilt auch da, wo keine Regierungsbeteiligung besteht. Hier müssen die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen zu den herausragenden Köpfen der Landesparteien werden. Dabei geht es um zweierlei: Erstens muss das Bestreben vorhanden sein, an den politischen Entscheidungsprozessen (die nicht zuletzt maßgeblich innerhalb der Bildungsverwaltungen vorbereitet und beeinflusst werden!) teilzuhaben. Zweitens brauchen auch die Akteure vor Ort – Schulleiter, Lehrer, Eltern – kompetente und in ihrem politischen Bereich einflussreiche Ansprechpartner.

Es besteht kein Zweifel, dass das Gymnasium Angriffen von unterschiedlichen Gruppierungen und aus unterschiedlichen Interessenlagen heraus ausgesetzt ist. Das Gymnasium wird sich aus meiner Sicht diesen Angriffen nur dann erfolgreich erwehren können, wenn es seine Erfolge selbstbewusst herausstellt und Befürworter findet, die sich aktiv und frühzeitig in die Debatten einbringen.

*Johannes Dickhut-Bielsky (1981) arbeitet seit 2011 als Referent im Deutschen Bundestag. Er studierte Ältere deutsche Philologie, Neuere deutsche Philologie und mittelalterliche Geschichte in Berlin. Es schloss sich die Promotion in Altgermanistik an. Er ist Altsipendiat der Konrad Adenauer Stiftung und Vorstandsmitglied bei Canisius Kolleg - Freunde und Förderer e.V..*

17. Februar 2014

Klaus Mertes, SJ

# Schule und sexuelle Identität

## Gedanken zur aktuellen Debatte um das Arbeitspapier der Bildungsplankommission in Baden Württemberg.

Ein „Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplankommission“ aus dem Baden-Württembergischen Bildungsministerium hat eine heftige Debatte ausgelöst, im „Ländle“ und darüber hinaus. Es ist erfreulich, dass sich die Kirchen von den Hetzparolen und diffamierenden Blogbeiträgen klar distanzieren haben, die seit der letzten Woche eine Petition gegen die angedachten Leitlinien für Lehrpläne 2015 begleiten. Sie hätten vielleicht auch den Text der online-Petition noch etwas kritischer unter die Lupe nehmen können, damit sich auch diejenigen Katholiken und Protestanten repräsentiert fühlen dürfen, die bei diesem Thema nicht sofort in die Luft gehen. Und natürlich hat es nichts mit Homophobie zu tun, wenn man einige Punkte des vorgelegten Bildungsplans 2015 kritisch sieht. Darüber gleich mehr.

Die Landesverfassung und das Schulgesetz von Baden-Württemberg nehmen Bezug auf das christliche Menschenbild. Der Kern des christlichen, besser: biblischen Menschenbildes besteht in der Aussage, dass der Mensch als Mann und Frau Gottes Ebenbild ist – also eine Würde hat, die niemand ihm nehmen darf und letztlich auch kann. Jesus berief sich auf dieses Menschenbild, um die Entwürdigung der Frau in der patriarchalischen Ehe zu bekämpfen. Entsprechend liegt der praktische Akzent beim Hinweis auf das christliche Menschenbild, wenn man ihn auf die aktuelle Debatte bezieht, darauf, dass auch homosexuellen Menschen dieselbe Würde der Gottesebenbildlichkeit zugesprochen ist – und zwar nicht nur theoretisch, sondern mit Konsequenzen für die Praxis, vom Schutz vor Diskriminierung bis hin zur Anerkennung von Rechten. Der eigentliche Skandal ist, dass das offensichtlich nicht selbstverständlich ist.

Christlich sich nennende Hetzer und Blogger nehmen das Wort „christliches Menschenbild“ in den Mund, um Hass gegen Schwule, Lesben und Transsexuelle auszuagieren. „Worin du den anderen richtest, darin verurteilst du dich selbst“ (Röm 2,1). Entsprechend diesem Wort von Paulus wäre es eher christlich, auf sich selbst zu blicken und sich zu fragen: Wo trage ich das Diskriminierungsverbot gegen Homosexuelle (vgl. Katholischer Katechismus Nr. 2359) zwar auf den Lippen, aber eigentlich nicht im Herzen? Wo berufe ich mich auf die Bibel, um Bestätigung zu finden, und wo vermeide ich den Blick auf sie, weil sie mich in Frage stellt?

Das Ideal der Ehe zwischen Mann und Frau ist nicht in Gefahr, auch nicht bei den Jugendlichen heute. Alle Studien einschließlich der Shell-Studie belegen, dass für die allermeisten Jugendlichen Ehe und Familie weiterhin höchste Attraktivität besitzen. Das Ideal ist auch nicht durch die Tatsache gefährdet, dass die Scheidungsraten in den letzten Jahren gestiegen sind. Wer in der Schule mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat, der weiß, dass die allermeisten Trennungen für die Beteiligten mit großen Schmerzen verbunden sind. Wenn gleichgeschlechtliche Paare sich dem Ideal der Treue und zu verbindlicher Unterstützung gegenseitig verpflichten, dann kann das nur im Sinne der Schrift sein, in der es heißt: „Es ist nicht gut, dass der Mensch allein bleibt.“ (Gen 2,18) Die Frage nach Kindern in gleichgeschlechtlichen Beziehungen muss vom Kindeswohl und von Kinderrechten her bedacht werden – was im Übrigen mutatis mutandis auch von Kindern aus der Ehe zwischen Mann und Frau gilt. Mit alledem sind Lehrer und Erzieher heutzutage ganz praktisch befasst. Wenn

man die konkreten Menschen und Schicksale vor Augen hat, wird man behutsamer in Ton und Inhalt.

Im Bereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ (S.24ff) formuliert das Arbeitspapier „Kompetenzen“ und „mögliche Inhalte“ eines künftigen Lehrplans an den Schulen des Landes. Unter 4 geht es um die Kompetenz „sich selbst als Persönlichkeit wahrnehmen, beschreiben und entfalten zu können.“ Als möglicher Inhalt wird genannt: „Erkennen der eigenen sexuellen Identität ...“

Nach meiner Einschätzung ist diese Formulierung missbrauchsanfällig. In der Schule „die eigene sexuelle Identität zu erkennen“ kann m.E. nicht ein Lernziel von Schule im präzisen Sinne des Wortes sein. Die Schule kann nur denjenigen Schülerinnen und Schülern, die in der Schulzeit ihre eigene sexuelle Identität erkennen (und ev. sogar aussprechen), den nötigen Schutz vor Diskriminierung geben. Dies muss sie dann allerdings mit aller Entschiedenheit tun. Dazu gehört auch die Aufgabe der Prävention dahingehend, dass die Thematik selbst im Unterricht angesprochen und reflektiert wird – dieses Anliegen des Arbeitspapiers teile ich –, aber eben als Thema, und nicht auf der Grundlage von existentiellen Selbstoffenbarungen von Schülerinnen und Schülern im öffentlichen Schuldiskurs.

Etwas ganz anderes ist natürlich, wenn es faktisch zu Selbstoffenbarungen sexueller Identität in der Schule kommt. Das geschieht und kann dann auch Anlass zur Reflexion des Themas werden. Aber solche Selbstoffenbarungen müssen absolut freiwillig erfolgen. Und etwas ganz anderes und wünschenswertes ist es auch, wenn das Ansprechen der Thematik sexueller Identität in der Schule dabei hilft, dass Jugendliche ihre eigene sexuelle Identität erkennen und besser annehmen können. Aber dieser vom Schuldiskurs angestoßene persönliche Erkenntnisprozess muss selbst nicht im öffentlichen Schuldiskurs ausgesprochen werden.

Nach meiner Erfahrung laufen die meisten Prozesse der Selbsterkenntnis von eigener sexueller Identität bei Schülerinnen und Schülern außerhalb des Schuldiskurses. Ich meine: Aus gutem Grund. Und wenn sie in der Schule laufen, dann meistens in einem vertraulichen Kontext. Auch dies aus gutem Grund. Die Schule hat die Aufgabe, das Bedürfnis gerade der jungen Menschen nach geschützten Räumen, nach Schutz der Intimsphäre zu respektieren und zu stärken, zumal sie von Medien umgeben sind, die den Unterschied zwischen Intimität und Öffentlichkeit nicht mehr kennen, sondern aktiv auflösen. Auch dies gehört übrigens zum Bildungsauftrag von Schule – die Kompetenz, zwischen Intimität und Öffentlichkeit zu unterscheiden und sie in ein reflektiertes Verhältnis zueinander zu setzen.

Bei der Schulöffentlichkeit kommt hinzu, dass sie gerade deswegen besonders anfällig ist für Gewalt aller Art, weil sich Schüler ihr nicht entziehen können. Was ich einmal in der großen Schulöffentlichkeit über mich gesagt habe, begleitet mich die ganze Schulzeit lang. Anderen Diskursen kann ich mich entziehen – dem Schuldiskurs nicht, oder doch nicht ohne weiteres. Ich verstehe deswegen gut, dass es ein tiefes Bedürfnis bei den allermeisten Schülerinnen und Schülern gibt, mit existentiellen Aussagen über sich selbst gerade in der Schule besonders zurückhaltend zu sein. Schule muss das respektieren.

Das Arbeitspapier sollte m.E. unter diesem Aspekt noch einmal durchgearbeitet werden.

*Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slavistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*

Wilfried Schumacher

## Karneval und Religion aus rheinischer Sicht

„Vom Rhein. Von der großen Völkermühle. Von der Kelter Europas. Und jetzt stellen sie sich mal ihre Ahnenreihe vor - seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie eine Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mann, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haus Tradition begründet. - Und dann kam ein griechischer Arzt dazu; oder ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flözer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsaß, ein dicker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant -das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt - und - und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven, und der Gutenberg und der Matthias Grünewald, und - ach was, schau im Lexikon nach. Es waren die Besten mein Lieber! Die Besten der Welt! Und warum, weil sich die Völker dort vermischt haben. Vermischt - wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem großen, lebendigen Strom zusammenrinnen. Vom Rhein - das heißt vom Abendland. Das ist natürlicher Adel.“ So schrieb es Carl Zuckmayer in des „Teufels General“. Eine treffende Beschreibung des Rheinländers: in seiner Lebensart vermischt sich das italienische „Dolce vita“ ebenso wie das „savoir vivre“ des Franzosen, der Holzschuhtanz wird in ihren Herzen zu den Klängen des Wiener Walzers getanzt.

„Natürlicher Adel - vom Abendland“, sagt Zuckmayer, und damit meint er unsere christliche Tradition. 529 gründete Benedikt das Kloster Monte Cassino in Italien. „Ora et labora - bete und arbeite!“ Das war sein Erfolgsrezept. Damit haben die Mönche Europa kultiviert.

Zu dieser Kultur gehört auch der Karneval. Er ist nicht bütze, tanzen, jeck sein, sich verkleiden, weil es schön ist und man Spaß dran hat, sondern weil es Fastelovend ist, d.h. der Abend vor der Fastenzeit.

Diese ist nicht eingeführt worden, weil wir uns zu viel Winterspeck angefuttert haben und Diät halten müssen. Sondern weil sie uns vorbereitet auf ein großes Fest, auf Ostern. Das höchste Fest der Christen! An diesem Tag feiern wir, dass Gott seinen Sohn nicht im Tod gelassen hat, und dass der Tod nicht das letzte Wort im Leben hat. Welch ein Fest, denn vor dem Tod haben wir alle Angst. Ostern sagt: du brauchst keine Angst zu haben vor dem Tod, denn das Leben geht danach für Dich weiter, ewig, im Himmel, bei Gott.

Damit wir ein solches Fest, eine solche Botschaft richtig feiern können, heißt es vorher "fasten, verzichten". Nur wenn ich merke, dass mir etwas fehlt, kann ich mich anschließend wieder daran freuen. Oder anders gesagt: wer jeden Tag Champagner trinkt, weiß nicht mehr, dass es etwas Besonderes ist!

Deshalb fasten wir und deshalb wird vorher noch einmal kräftig "op die Tromm gekloppt". Wer nicht fastet, kann kaum richtig Karneval feiern. Schon Theresa von Avila sagt: „Wenn fasten, dann fasten, wenn Rebhuhn dann Rebhuhn“.

Übrigens auch der 11.11. ist ein Fastnachtsabend. Der letzte Tag vor der Fastenzeit, die es im Mittelalter vor Weihnachten gab und die bis Heiligabend dauerte.

Ursprünglich waren die jecken Tage auf die letzte Woche vor Aschermittwoch beschränkt. In vielen Sprachen wird Weiberfastnacht der "fette Donnerstag" genannt. Es war der letzte Schlachttag vor der österlichen Fastenzeit, denn im Mittelalter galt der Donnerstag als allgemeiner Schlacht- und Backtag.

Inzwischen haben die „Berufsnarren“ das Treiben auf die gesamte Zeit zwischen 11.11. und Aschermittwoch ausgedehnt. Advent und Weihnachten werden allenfalls noch als unvermeidliche Störung der Session angesehen.

Kaum ist die Bescherung an Weihnachten vorbei, laden die Jecken ihre Porträts in Kostüm bei den sozialen Netzwerken hoch. „Alles hat seine Zeit“ ist meine stereotype Reaktion darauf. Dieses dauernde Herumfummeln am Kalender macht mir Sorge. Es bekommt uns Menschen nicht. Der Jahreslauf mit seinem Rhythmus hat schon seinen Sinn. Das Werden und Vergehen zu erleben ist etwas Existentielles für den Menschen, der allerdings „dank“ Tiefkühlware nicht mehr warten muss bis die Ernte reif ist. Er kann alles haben und er will auch alles haben.

Karneval und christlicher Glaube gehören zusammen - und unter den Christen sind die Katholiken eher dabei als die anderen Konfessionen. Vielleicht auch deshalb weil der katholische Glaube der "normale" Glaube im Rheinland ist, wie der Kabarettist Konrad Beikircher zu sagen pflegt. Je mehr aber der Glaube verdunstet je mehr geht auch das Bewusstsein für die Zusammenhänge verloren.

Mit seiner Religion verbindet den Rheinländer, auch wenn er kein aktiver Katholiken(mehr) ist, eine fast verliebte Vertrautheit, die vielleicht dann und wann mal zu weit geht, aber niemals böse gemeint ist. Sein Humor relativiert alles; immer aber im Wissen um ein Letztes, Gültiges, Absolutes.

Und weil zum "normalen Glauben" auch die Prozessionen gehören, liebt der Rheinländer die Prozessionen - die frommen an Fronleichnam und die lustigen an Rosenmontag. Es tut ihm gut, wenn der Weihrauch duftet, weiß gekleidete Mädchen fromme Lieder singen, Fahnen flattern, die Ornate der Geistlichen oder Uniformen der Karnevalisten Farbe ins Bild bringen, Bläser und Sänger sich zusammenfinden.

Alles, wat Oodem hät, soll dat metmaache, heißt es in einem Psalm. Ins Kölsche übersetzt: Gott loben, heißt "mitmachen" wie beim Fastelovend. Den Karnevalszug kann man nicht ansehen, man muß metmaache, ein Teil von ihm werden. Wir sollten wissen um die Zusammenhänge, wenn wir uns anschicken, Fastelovend zu feiern.

*Monsignore Wilfried Schumacher (1949) hat kath. Theologie in Bonn, München und Köln studiert, wurde 1974 zum Priester geweiht und ist Stadtdechant in Bonn.*



10. März 2014

Norbert Arnold

## **Argumente für ein Verbot der organisierten Suizidbeihilfe**

Jeder Mensch hat das Recht, selbstbestimmt und eigenverantwortlich sein Leben zu gestalten – dies gilt auch für die letzte Lebensphase. Die Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich des eigenen Sterbens müssen respektiert werden – wer sollte über das Sterben eines Menschen entscheiden, wenn nicht der Mensch selbst? Diese persönliche Freiheit gilt grundsätzlich auch für den Wunsch, vorzeitig aus dem Leben zu scheiden.

Allerdings verbirgt sich in vielen Fällen hinter diesem Wunsch in Wirklichkeit ein Ruf nach Hilfe, eine als unerträglich empfundene Lebens-Situation (und nicht das Leben selbst) zu beenden. Etwa durch medizinische Kontrolle von Krankheitssymptomen, insbesondere Schmerzlinderung, durch psychologische und seelsorgerische Hilfe sowie durch sozialen Beistand kann vielen Menschen geholfen werden. Mit der Linderung des Leidens verschwindet meistens auch der Wunsch, vorzeitig aus dem Leben zu scheiden. Daher muss der geäußerte Sterbewunsch hinterfragt werden – allerdings ohne den Eindruck entstehen zu lassen, man „wisse es besser“ als die betroffene Person. Effektive Hilfe muss angeboten werden. Und besonders wichtig: Die „Schwellen“ für eine Beihilfe zum Suizid müssen so hoch gelegt werden, dass genügend Raum geschaffen wird, um Alternativen auszuloten, Hilfe anzubieten und Situationen und Entscheidungen zu reflektieren.

Eine Beihilfe zum Suizid, wie sie etwa von „Sterbehilfeorganisationen“ angeboten wird, birgt die Gefahr in sich, die Hemmschwellen abzusenken. Allzu leicht erscheint der Suizid als der „einfachere“ Weg, existenzielle Krisensituationen, hinter sich zu bringen. Der soziale Druck auf Schwerstkranke und Sterbende wird stärker, wenn die organisierte Suizidbeihilfe salonfähig wird. Daher sollte jede Form der „organisierten“ Beihilfe zur Selbsttötung in Deutschland verboten werden. Darüber hinaus ist jedoch der rechtliche Status-quo beizubehalten, d. h. Beihilfe zum Suizid sollte nicht generell unter Strafe gestellt werden. Jede „Überregulierung“ muss im Interesse der betroffenen Menschen vermieden werden.

Die Befürworter von Sterbehilfeorganisationen lehnen ein Verbot mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht ab. In Wirklichkeit ist ein Verbot der organisierten Beihilfe zum Suizid mit dem Selbstbestimmungsrecht vereinbar, weil es nur eine bestimmte Form der Suizidbeihilfe unter Strafe stellt, alle anderen Handlungsoptionen, die letzte Lebensphase selbstbestimmt zu gestalten, jedoch zulässt.

Sterbehilfeorganisationen haben zwar hohe Mitgliederzahlen, aber nur relativ wenige Mitglieder nehmen die Dienste ihres Vereins tatsächlich in Anspruch. Offensichtlich ist die Mitgliedschaft nur eine Art letzte „Rückversicherung“; sie reicht zur Beruhigung aus. Die Sterbehilfeorganisationen würden ihre Attraktivität verlieren, wenn über die Möglichkeiten der Sterbebegleitung als Alternativen zur Sterbehilfe besser informiert würde. Viele Menschen wissen zu wenig über die Möglichkeiten der Palliativmedizin und die Hilfsangebote der Hospize.

Auch die Ergebnisse der Umfragen mit ihren anhaltend hohen Zustimmungswerten zur aktiven Sterbehilfe und zum assistierten Suizid deuten auf erhebliche Defizite hin. Es fällt auf, dass selbst die Grundbegriffe – assistierter Suizid, aktive, passive und indirekte Sterbehilfe, Tötung auf Verlan-

gen usw. – nicht korrekt verwendet und häufig in unzulässiger Weise vermischt werden. Was medizinisch-pflegerisch machbar, ethisch begründbar und rechtlich zulässig ist, ist offensichtlich nicht hinreichend bekannt. Fragen nach dem Wünschenswerten erhalten meistens nur eine oberflächliche Antwort. Die Frage nach dem „guten Leben“ und erst recht nach dem „guten Sterben“ scheint in vielen Fällen erst gar nicht mehr gestellt zu werden. Der vorschnelle Ruf nach „Sterbehilfe“ übertüncht eine intensivere Auseinandersetzung mit dem eigenen Sterben und Tod. Auch viele Ärzte, Pfleger und Seelsorger reagieren unsicher und hilflos.

Palliativmedizin und Hospize wurden in den letzten Jahren ausgebaut. In Deutschland gibt es rund 1.500 ambulante Palliativ- und Hospizdienste, 180 stationäre Hospize und 230 Palliativstationen. Jedes Jahr werden ca. 110.000 Menschen palliativmedizinisch und hospizlich versorgt. Der Bedarf übersteigt jedoch das Angebot bei weitem: Mehrere hunderttausend Menschen, die eigentlich Hilfe benötigten, bleiben unversorgt. Ein weiterer Ausbau ist dringend notwendig. Dazu gehört vor allem, die Kapazitäten in stationären Palliativ- und Hospizeinrichtungen zu erhöhen, und dabei nicht nur die urbanen Ballungszentren, sondern auch die ländlichen Räume ausreichend zu berücksichtigen. Im Hinblick auf den Wunsch vieler schwerkranker und sterbender Menschen, ihre letzte Lebenszeit in vertrauter Umgebung zu Hause zu verbringen, sollten außerdem ambulante Palliativ- und Hospizdienste gestärkt werden. Auch eine bessere Einbindung von Hausärzten, Sozialstationen und nicht zuletzt von Pflegeeinrichtungen ist notwendig. Schließlich muss auch die Seelsorge durch die Kirchen wieder deutlicher spürbar werden.

Nur wenn die Menschen erfahren können, welchen Nutzen eine humane Sterbebegleitung bringt, wird die Schere geschlossen werden können zwischen dem hohen Anspruch des Lebensschutzes einerseits und der konkreten, von der Angst vor Leiden, Sterben und Tod geprägten Lebensrealität andererseits. Ein Verbot der organisierten Beihilfe zum Suizid ist notwendig, genauso wichtig ist jedoch, die guten Möglichkeiten einer umfassenden humanen Sterbebegleitung besser als bisher erfahrbar werden zu lassen.

***Dr. Norbert Arnold** (1958) studierte Biologie und Philosophie, war als Molekularbiologe in Gießen und Zürich tätig und leitet derzeit das Team Gesellschaftspolitik, HA Politik und Beratung, der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bioethik und Forschungspolitik.*

17. März 2014

Thomas Schwarz

## Ein Jahr Franziskus: Der Papst der Peripherie

Mit einem „Guten Abend“ begrüßte er die Tausenden auf dem Petersplatz, und mit einem „Gute Nacht, und ruht Euch gut aus“ verabschiedete er sich. Dazwischen bat er die Gläubigen darum, für ihn zu beten und ihm zu helfen, seine neue Aufgabe als Bischof von Rom meistern zu können. Es war echte Begeisterung, die ihm entgegenschlug, gepaart mit Erstaunen und Ungläubigkeit der ganz und gar untheologischen Sorte. In den Gesichtern der Gläubigen und Touristen in Rom standen Sätze geschrieben wie: Wer ist dieser Mann? Was war das gerade? Guten Abend und guten Appetit. Kein Seminar, keine Exegese. Vielleicht macht das die Faszination des Argentiniers auf dem „Stuhle Petris“ vor allem anderen aus, dass er eben jene frohe Kunde verbreitet, die Jesus doch so einmalig gelebt hat.

### „Wir müssen uns gegenseitig helfen“

Der erste Satz der Enzyklika "Evangelii Gaudium" liest sich wie eine Überschrift des jetzt abgelauenen ersten Jahres seines Pontifikates: „Die Freude des Evangeliums erfüllt das Herz und das gesamte Leben derer, die Jesus begegnen.“ Da ist sie wieder, die frohe Botschaft, mit der Betonung auf dem ersten Wort. Ohne chronologisch werden zu wollen, sei hier an den Gründonnerstag des vergangenen Jahres erinnert, als der Papst „vom anderen Ende der Welt“ in ein römisches Jugendgefängnis anstatt in der Lateranbasilika ging. Dort wusch er jungen Männern und Frauen die Füße - und Muslimen. Er kniete vor ihnen, und als er sich erhob, lächelte er sie mit einem Ausdrucks des Glücks an, wie viele Beobachter es damals beschrieben. Später erläuterte er den Sinn der rituellen Fußwaschung so: „Wir müssen uns gegenseitig helfen, einer dem anderen.“

Franziskus ist längst nicht mehr ein „Papst der Erwartungen“, wie es viele immer noch beschreiben. Er ist für nicht wenige längst zur letzten Chance der Katholischen Kirche geworden, eine echte Kirche des Volkes und für das Volk zu werden. Dabei geht es keinesfalls um den von rückwärtsgewandten Katholiken als „Zeitgeist“ denunzierten Zweifel tiefgläubiger Christen an ihrer Kirche. Noch geht es darum, Trends oder Moden nachzueifern, sie womöglich zu überholen, um an einer imaginären Spitze zu stehen und das Tempo von Veränderungen zu bestimmen.

Wer sich womöglich vor schwindelerregenden Tempi fürchtet, hat wohl die Schwerfälligkeit katholischer „Willensbildung“ bisher deutlich unterschätzt. Die Sorge, es könne allzu rasch grundlegende Änderungen in einer Kirche geben, die selbst Realitäten zu leugnen sich nicht scheut, wirkt absurd und zudem vollkommen unbegründet. Vielfach hegen dogmatische Kirchenoffizielle und ihre oft genug selbsternannten „Stellvertreter“ in Wirklichkeit Befürchtungen, die Deutungshoheit über die eigene, persönliche Interpretation des Glaubens zu verlieren, weniger um reale Verluste theologischer Inhalte. Es ist jene „Selbstbezogenheit im Klerus“, die Papst Franziskus Gründonnerstag vergangenen Jahres geißelte, die die Kirche bisher daran hindert, sich zu erneuern. Dabei ist gerade das dringend geboten. Sorgenvoller drückte es kürzlich ein Kaplan aus: es sei für die katholische (und ebenso die evangelische) Kirche überlebenswichtig, sich endlich den „wahren Blockierern der Lehre Jesu zu widersetzen“.

### Arme Kirche für die Armen

Manchem mag eine solche Äußerung, zumal von einem zum Priester geweihten Mann, wie Frevel erscheinen. Dennoch sind derartige Befürchtungen ernst zu nehmen. Außenstehenden und mit der

Liturgie wenig vertrauten Zeitgenossen kommt die Eigendarstellung von Kirche - zumal in großen Gotteshäusern - oftmals nur sehr unzeitgemäß vor. Hinzu kommen immer mehr Bilder und Eindrücke, die in einer Zeit schier grenzenloser Informationsbeschaffung durch das Internet eine veränderte Wahrnehmung „der Welt“ erlauben. Anders als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren, als Informationen über ferne Länder, Kulturen und Religionen überwiegend einer gebildeten Schicht vorbehalten waren, kann sich heutzutage jeder und jede das eigene Bild machen. Das bedeutet mehr Demokratie und auch mehr eigenverantwortliche Interpretation der Realität. Damit sind Vergleiche auch darüber möglich, wie hierzulande Kirche gelebt wird und wie in Asien, Afrika oder Lateinamerika. Die Berichte über den Kardinal von Buenos Aires, bevor er Papst wurde, spielen eine große Rolle. Jorge Mario Bergoglio lebte ebenso wenig abgeschieden von den Realitäten seiner Stadt wie er das heute als Papst tut. Er schickte seine Priester in die Slums zu den Armen, um sich mit ihnen „gemein zu machen“ und ging selbst dorthin, selbst als er bereits Kardinal war.

Das Konklave, das ihn am 13. März des vergangenen Jahres zum Papst wählte, wusste also um seine Überzeugungen und um seine Aktivitäten. Selbst zwischen der Theologie der Befreiung auf der einen Seite - die ja innerkirchlich erheblich umstritten war und bis heute ist - und Franziskus auf der anderen gibt es Pfade, die auch bei dessen Wahl unübersehbar waren. Der Papst war zwar nie ein lupenreiner Befreiungstheologe, dennoch hat sich Bergoglio 2007 während der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz für Themen dieser Theologie eingesetzt. Das betrifft vor allem das Abschlussdokument. Darin wird die Bedeutung der Kirche für die Armen ausdrücklich hervorgehoben. Und gerade das ist der Kernpunkt der Theologie der Befreiung: Kampf gegen die Armut und Einsatz für die Armen. Dass es Priester gab, die diesen Kampf auch mit dem Gewehr in der Hand fechten wollten, spielt in dem Dokument der damaligen Bischofskonferenz freilich keinerlei Rolle.

### **Liturgie versus Realität?**

Ohne die Bedeutung der Liturgie zu schmälern, die nach wie vor für viele Gläubige ein zentrales Moment ihres Glaubens darstellt, wird gleichzeitig die Frage nach dem Fokus der Arbeit der Katholischen Kirche gestellt. Sicherlich ist der Satz „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“ von zentraler und fast indiskutabler Bedeutung. Nicht nur für Ältere, auch für junge Christen ist der Gottesdienst, die Andacht, sind Beisammensein und Gemeinsamkeit im Glauben ein wesentliches Bestandteil ihres Glaubens. Das gemeinsame Erfahren Gottes in einer Heiligen Messe stellt zweifellos, auch ganz ohne theologisch-theoretische Unterfütterung, eine unverzichtbare Erfahrung für Gläubige dar.

Gleichwohl muss die Frage gestellt werden, ob zugunsten der Liturgie nicht wesentliche Botschaften Jesu Christi in den Hintergrund getreten sind. Wird dem Gebot der (tätigen) Nächstenliebe gegenüber der Liturgie die Rolle zuteil, die es verdient? Das sind zweifellos nicht rein rhetorische Fragen. Es geht bei einer solchen Frage keinesfalls um ein Entweder- Oder, ebenso wenig gar um ein Ausspielen dieser beiden so wichtigen Elemente katholischen und christlichen Glaubens.

Seine erste Enzyklika, die von seinem Vorgänger gewissermaßen „mitgeschrieben“ wurde, trägt den programmatischen Titel: „Freude des Evangeliums“. Darin ist von der „Dynamik der Liebe Gottes“ die Rede und weiter unter anderem zu Beginn des Absatzes 51: „Dank eben seiner Verbindung mit der Liebe (vgl. Gal 5,6) stellt sich das Licht des Glaubens in den konkreten Dienst der Gerechtigkeit, des Rechts und des Friedens.“ Hier ist sie erneut zu finden, die Aufforderung zu Taten. Es geht um das Handeln im Glauben. Dies basiert ohne Zweifel auf den Lehren Jesu. Dennoch geht es nicht um die Kirche.

### **„Die Kirche steht zu sehr im Mittelpunkt.“**

Der neue Vorsitzende der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, hat in einem

Interview mit dem Deutschlandradio Kultur an diesem Wochenende einen Satz gesagt, der die Linie des neuen Papstes eindrucksvoll unterstreicht: „Wir haben eine wichtige, gute Botschaft, es geht nicht um die Kirche. Die Kirche steht viel zu sehr im Mittelpunkt. Die Kirche ist ja Instrument dafür, dass das Wort Jesu gehört wird.“ Katholiken, die das Wort Gottes ernst meinen, müssen hier zustimmen. Die Kirche ist nicht Selbstzweck, ist es nie gewesen. Dennoch spielt sie für manchen Funktionär des Klerus die offenbar entscheidende Rolle und ist Existenzberechtigung zahlloser Gremien, Beiräte, ja von selbsternannten Bündeln. Dies kann nur so zu verstehen sein, dass es dabei fast ausschließlich um persönliche Macht und nicht um Gottesglauben geht.

Das Gebaren des Bischofs von Limburg eignet sich nicht, es im Kontext mit dem neuen Pontifikat zu wieder und wieder zu diskutieren. Dazu ist bereits von fast allen fast alles gesagt, geschrieben und in Journalistenblöcke diktiert worden. Es geht vielmehr darum, wie die Kirche damit umzugehen gedenkt. Es ist ohnehin kaum vorstellbar, dass der Bischof wieder zurück nach Limburg beordert werden wird. Es muss darum gehen, die Kirche aus dem Mittelpunkt zu nehmen und endlich wieder die Worte Jesu und die Angebote der Bibel in den Mittelpunkt allen Handelns zu stellen - nicht die Kirche selbst. Es geht um nichts weniger als die quälenden Fragen nach Ungerechtigkeit und Armut im Sinne von Jesus zu beantworten. Während hierzulande über Millionen für einen bizarren Bischofspalast debattiert wird, sterben jeden Tag Tausende, weil ihnen sauberes Wasser oder Nahrung fehlen. Das muss im Mittelpunkt stehen: wie können Christen diesen Menschen zu einem würdigen Leben verhelfen? Derlei Fragen und Beispiele ließen sich Dutzende hinzufügen. Mag es in einem vorigen Zeitalter ohne Alphabetisierung und ohne die freie Informationsbeschaffung selbstverständlich gewesen sein, dass Bischöfe in Palästen lebten und Päpste nur in Purpur auftraten, so ist dies heute nicht mehr denkbar.

Heute geht es um nichts weniger als um das Evangelium, so wie es Papst Franziskus in seiner Enzyklika ganz am Anfang beschreibt: als einen Quell der Freude und des Lichtes. Damit meint er die Tat und nicht die Theorie. Diese ist (lediglich) das Fundament für das Handeln eines Christen und nicht Selbstzweck. Unter der Überschrift „Ein Licht, das wiederentdeckt werden muss“ heißt es zu Beginn von Artikel 4: „...Darum ist es dringend, die Art von Licht wiederzugewinnen, die dem Glauben eigen ist, denn wenn seine Flamme erlischt, verlieren am Ende auch alle anderen Leuchten ihre Kraft. Das Licht des Glaubens besitzt nämlich eine ganz besondere Eigenart, da es fähig ist, das gesamte Sein des Menschen zu erleuchten.“

### **Befehlen und Gehorchen?**

Ohne Theologie gibt es keinen Glauben. Auch für einen Laien erschließt sich diese Logik. Ohne ein Fundament ist da nichts, auf dem jemand stehen könnte. Dazu sind Fachleute wichtig, die dieses Fundament und vor allem dessen Inhalte interpretieren. Sie sind dazu da, diese zu erläutern und ein Verstehen zu ermöglichen, was kaum zu verstehen ist. Glauben heißt, nicht zu wissen. Sonst wäre es sicherlich kein Glaube. Beim Verstehen zu helfen, das sollte Aufgabe von Theologen sein und nicht, zu befehlen. So, wie es zumindest in der Wirkung oftmals Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, der Präfekt der Glaubenskongregation, tut.

Bei allem nötigen Respekt sind Einlassungen aus der römischen Glaubenskongregation zu Fragen der Wiedezulassung von geschiedenen Wiederverheirateten doch nicht eine Frage, die die Katholische Kirche zu zerbrechen drohte. Es ist im Gegenteil eben dieses welt- und realitätsferne Insistieren, dass viele Gläubige zwar von der Kirche, aber keineswegs von Jesus entfernen. Dass erstere Tatsache Verantwortliche einer rückwärtsgewandten und gleichzeitig unbarmherzigen Theologie kalt lassen, weil sie die einzigen zu sein vorgeben, die die Worte Jesu vermeintlich richtig zu interpretieren vermögen ist eine der Dramen unserer Zeit. Von Zynismus zu sprechen wagen nur wenige, von Egoismen inzwischen recht viele.

In dem apostolischen Schreiben vom November vergangenen Jahres beschreibt Franziskus klar seine eigenen persönlichen, ja gar die Grenzen des Papstes - und damit auch der Kirche. Während Erzbischof Müller bei der Frage der Kommunion Versuche strikt zurückweist, für gläubige Wiederverheiratete auch nur eine Brücke zu bauen wie dies im Erzbistum Freiburg versucht wird („Das ist zurückzunehmen!“), sagte Franziskus: "Ich glaube auch nicht, dass man vom päpstlichen Lehramt eine endgültige oder vollständige Aussage zu allen Fragen erwarten muss, welche die Kirche und die Welt betreffen. (...) In diesem Sinn spüre ich die Notwendigkeit, in einer heilsamen ‚Dezentralisierung‘ voranzuschreiten.“ (zitiert nach „Welt“ vom 26. 11. 2013).

Der Mann, der aus der Realität nach Rom kam und dort Papst gewählt wurde, versteht und richtet nicht. Im Flugzeug auf dem Weg zum Weltjugendtag nach Rio wurde er auf die Diskussionen um angebliche homosexuelle Gruppen im Vatikan angesprochen. "Ich kenne niemanden im Vatikan, in dessen Personalausweis vermerkt ist, dass er homosexuell ist," sagte Franziskus auf entsprechende Fragen von Journalisten. Er befand es als „nicht problematisch, diese Tendenz zu haben“, man dürfe allerdings nicht „dafür werben“. Man kann selbst diese Einstellung als zu reaktionär empfinden. Für ihn steht allerdings immer der Glaube im Vordergrund: "Wenn jemand homosexuell ist und guten Willens nach Gott sucht, wer bin ich, darüber zu urteilen?"

### **Durcheinander machen und Verantwortung übernehmen**

Seit nur einem einzigen Jahr ist Papst Franziskus nun der Oberhirte, der Papst, der pontifex maximus, der Bischof von Rom. Und doch hat er Zielvorgaben gemacht, selbstkritische Fragen an „die Kirche“ gestellt und glaubwürdig das vorgelebt, was er von anderen erwartet oder erbittet. Der Verzicht auf opulente Räumlichkeiten im Vatikan, in der bisher Päpste stets lebten, ist nur ein einziges, wengleich kein zu unterschätzendes Beispiel für seine Bescheidenheit.

Jugendlichen in Rio rief er zu, sie sollten „Durcheinander“ in Pfarreien und Bistümern und in der Gesellschaft veranstalten. Revolutionär seien seine Worte, empfanden viele Beobachter. Dabei ist er der Stellvertreter Gottes. Man stelle sich das Leben Jesu in dessen Zeit nochmals vor: Das war wahrlich revolutionär und hat mit seinem tätigen Beispiel - nicht mit theologisch-theoretischen Gebilden - Millionen Menschen inspiriert. Die Kirche muss sich verändern, wenn sie (wieder) bei viel mehr Menschen verstanden werden wolle. Nicht nur der Papst ist davon überzeugt. In einer seiner Ansprachen in Rio zitierte er Mutter Teresa. Sie hatte einmal auf die Frage, was sich denn genau in der Kirche ändern müsse, in nur drei Worten geantwortet: „Du und ich.“

Das Pontifikat der Peripherie, das ist nicht nur das, welches in die Armenviertel von Buenos Aires oder Rio de Janeiro führt. Es ist auch die Peripherie weltlicher Realitäten, die die Katholische Kirche allzu lange ausgeblendet hatte. Die Kirche - und vor allem ihre wichtigsten Repräsentanten - hatten sich zu bequem eingerichtet, alles schien einfach immer so weiterzugehen. Das hat sich seit einem Jahr geändert. Da ist einer gekommen, der die Peripherien kennt, in denen Gläubige sich verheddern, oftmals ohne eigene Schuld. Nach dem Ende dieses Pontifikats und dann vielleicht erst wieder nach dem Ende des dann folgenden weiß die Kirche, ob sie es vermocht hat, wieder zu sich selbst zu gehen. Zurück an die Peripherie, dahin, wo sie hingehört - dahin, wo auch Jesus immer hinging.

*Thomas Schwarz (1957) arbeitete über acht Jahren für die internationale Hilfsorganisation CARE in Bonn für den Kommunikations- und CSR-Bereich. Vorher war er über zwanzig Jahre als Journalist, u.a. für RTL und die Deutsche Welle als Parlamentskorrespondent sowie als Chefredakteur zweier Radiosender. Zwischenzeitlich verantwortet er zwei Jahre lang die Bereiche Marketing/Kommunikation und Business Development für eine an der Wallstreet notierte Softwarefirma in Deutschland. Schwarz gründete einen eigenen Verein, um weiterführende Bildung in Asien und Afrika zu unterstützen.*

24. März 2014

Stephan Eisel

# Christliche Feiertage schützen

Als das Statistische Bundesamt 2013 mitteilte, dass in Deutschland weniger Menschen leben als bisher angenommen, war die Überraschung groß. Ebenso überraschend, aber kaum wahrgenommen, war dabei die Nachricht, dass es in Deutschland mehr Christen gibt als bisher vermutet: Nach dem „Zensus 2011“ bekennen 66,8 Prozent der Bevölkerung zum Christentum (davon 3,8 Prozent ohne Kirchenmitglied zu sein). Bisher war man von 62 Prozent ausgegangen. Das Christentum ist also nach wie vor eindeutig die Mehrheitsreligion in Deutschland.

Daraus legitimiert sich der gesetzliche Schutz christlicher Feiertage. Das Grundgesetz schützt nämlich in Artikel 4 neben der „Freiheit des Glaubens“ gleichrangig auch die „ungestörte Religionsausübung“. Beim staatlichen Schutz kirchlicher Feiertage geht es also nicht darum, dass – wie es u.a. von der Piratenpartei kritisiert wurde – „der Glaube Einzelner das Leben aller beeinflusst“, sondern um den Grundsatz: „Der Glaube der Mehrheit ist auch von denen zu respektieren, die ihn nicht teilen.“

Es gibt zwar in Deutschland mit dem Tag der Arbeit am 1. Mai, dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober und dem (immer auf einen Sonntag fallenden) Volkstrauertag auch gesetzliche Feiertage politischen Ursprungs oder wie das Neujahrsfest am 1. Januar „kalendarische Feiertage“ ohne politischen oder religiösen Hintergrund. Aber die meisten gesetzlichen Feiertage in Deutschland sind christliche Feiertage wie Weihnachten, Ostern oder Pfingsten.

Als das Bundesverfassungsgericht 2009 das Berliner Ladenöffnungsgesetz für verfassungswidrig erklärte, das alle vier Adventssonntage als verkaufsoffen zulassen wollte, wies es ausdrücklich darauf hin, dass „ein Mindestniveau des Schutzes der Sonntage und der gesetzlich anerkannten – hier der kirchlichen – Feiertage durch den Gesetzgeber zu gewährleisten“ ist. Die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit lässt sich also nicht auf ein Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen beschränken, sondern verpflichtet den Staat, Raum für die aktive Ausübung der Glaubensüberzeugung und die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit auf weltanschaulich-religiösem Gebiet zu sichern. Wie diese Schutzpflicht konkretisiert wird, obliegt dem Gesetzgeber – in diesem Fall den Ländern.

Die Sonn- und Feiertagsgesetze – in Hamburg und Berlin als Verordnungen –, haben in allen Bundesländern einen sehr ähnlichen Inhalt und erkennen schon mit der christlichen Bezeichnung gesetzlicher Feiertage auch deren religiöse Bedeutung ausdrücklich an. Das gilt auch für die neuen Bundesländer. Welche kirchlichen Feiertage gesetzlich geschützt sind, entscheiden die Bundesländer durchaus unterschiedlich. Ausschlaggebend ist die konfessionelle Ausrichtung der Bevölkerungsmehrheit.

So groß die regionale Bandbreite gesetzlicher christlicher Feiertage auch sein mag, so einheitlich ist die Ausformung des Schutzes in den Ländergesetzen. Dazu gehören – um beispielhaft das hessische Feiertagsgesetz zu zitieren – das Verbot von Arbeiten, „die geeignet sind, die äußere Ruhe des Tages zu beeinträchtigen, sofern ihre Ausübung nicht nach Bundes- oder Landesrecht besonders zugelassen ist“. Verboten sind für kirchliche Feiertage – also nicht am 1. Mai und 3. Oktober – mit unterschiedlichen zeitlichen Einschränkungen auch „Veranstaltungen, bei denen eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung einzelner zur Teilnahme besteht; öffentliche Tanzveranstaltungen; andere der Unterhaltung dienende öffentliche Veranstaltungen, wenn nicht ein überwiegendes Interesse der Kunst, Wissenschaft, Volksbildung oder Politik vorliegt; alle sonstigen Veranstaltungen sowie Aufzüge und Umzüge aller

Art, wenn hierdurch der Gottesdienst unmittelbar gestört wird.“ Dabei gelten an den vier sog. „stillen Feiertagen“ besondere Einschränkungen unabhängig davon, ob die sie wie Karfreitag, Allerheiligen und Totensonntag christlichen oder wie der Volkstrauertag politischen Ursprungs sind.

Aber auch wo der Staat nicht durch diesen gesetzlichen Schutz religiöser Feiertage die ungestörte Religionsausübung für die Mehrheit gewährleistet, gilt der grundgesetzliche Schutz für „die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“ (Art 4 GG). Er konkretisiert sich aber nicht immer in generellen staatlichen Regelungen für den Feiertagsschutz im Blick auf die Bevölkerungsmehrheit, sondern auch in individuellen Rechten unabhängig davon, ob man zur religiösen Mehrheit gehört oder nicht.

Diese Rechte bestehen vor allem in einem Anspruch darauf, an religiösen Feiertagen (in der Regel durch Gewährung von Urlaub) Gelegenheit zum Besuch von Gottesdiensten und religiösen Feiern zu erhalten. Immer wieder bestätigen Gerichtsurteile diesen Vorrang der Religionsfreiheit aus Artikel 4 Abs. 1 GG vor der Berufsausübungsfreiheit aus Artikel 12 Abs. 1 GG. Arbeitgeber können die Arbeitsfreistellung bzw. Urlaubstage an religiösen Feiertagen nur verweigern, wenn dem nachweisbar der geregelte bzw. ungestörte Betriebsablauf entgegensteht.

Solche besonderen Rechte zur „ungestörten Religionsausübung“ gelten für die Mitglieder aller Religionsgemeinschaften, denen die Rechte einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ verliehen wurden. Darüber entscheiden die Bundesländer. Insgesamt haben in Deutschland über 30 Religionsgemeinschaften den Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts: Dazu gehören neben den christlichen Kirchen (katholisch, evangelisch, evangelisch-freikirchliche, orthodox, altkatholisch) und die jüdische Gemeinden und in einigen Bundesländern Menoniten, Mormonen, Siebenten-Tags-Adventisten, Heilsarmee, Christengemeinschaft, Christian Science, Zeugen Jehovas und die Aleviten. Umstritten ist der rechtliche Umgang mit muslimischen Gemeinschaften, die die rechtlichen Voraussetzungen für den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ nicht mitbringen, weil sie z. B. keine registrierten Mitglieder haben.

Dass religiöse Minderheiten den Schutz ungestörter Religionsausübung als Anspruch auf Arbeitsfreistellung durch Nutzung von Urlaubstagen für sich beanspruchen, ist legitim und durchaus im Sinn des Grundgesetzes. Daraus lassen sich aber weitergehende Ansprüche auf die Einführung gesetzlicher Feiertage für alle nicht ableiten, weil es hier nicht um das Recht der ungestörten Religionsausübung für die Mehrheit der Gesellschaft geht.

Deshalb lässt sich die Anerkennung christlicher Feiertage als gesetzliche Feiertage auch nicht als Diskriminierung religiöser Minderheiten umdeuten. Eben diesem Missverständnis unterliegt aber beispielsweise die Robert-Bosch-Stiftung, wenn sie 2013 in einer der Bundesarbeitsministerin überreichten Studie befürchtet, dass „sich das deutsche Feiertagsrecht zunehmend als Ungleichbehandlung von Religionen auswirkt.“

Diese Sichtweise ignoriert den Legitimationskern des staatlichen Schutzes kirchlicher Feiertage zur ungestörten Religionsausübung für die Bevölkerungsmehrheit. Der Respekt davor sollte eigentlich zum Grundrepertoire der Toleranz in unserer Gesellschaft gehören. Die christliche Mehrheit hat ihn durch Minderheitenschutz zu gewährleisten, der die ungestörte Religionsausübung als Individualrecht garantiert. Aber diese christliche Mehrheit hat auch Anspruch auf Respekt und Toleranz, wenn sie durch gesetzliche Feiertage das gleiche Recht auf ungestörte Religionsausübung für sich in Anspruch nimmt. Dass der Konsens über diese Selbstverständlichkeit immer brüchiger wird, sollte niemand auf die leichte Schulter nehmen.

*Dr. Stephan Eisel (1955) ist ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages und verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)*



31. März 2014

Julia von Weiler

## **Digitaler Kinderschutz**

Im Juli vergangenen Jahres loggte sich ein Mann in einem Kinderchat ein. Er gab sich als Teenager aus, nannte sich "Marco" und begann mit einem 13-Jährigen Mädchen zu chatten. Sie verliebte sich in ihn. Nach einer Weile nahm er online noch eine zweite Identität an. Als „Bianca“ wurde er zu einer Freundin. Und dann trat er in der Rolle eines Russen-Mafiosos auf. Als der drohte er dem Mädchen, ihren Freund „Marco“ zu töten und sie in ein Bordell zu entführen, wenn sie sich nicht mit ihm persönlich treffen würde. "Bianca" riet, der "Mafioso" drohte, und das verwirrte Mädchen machte sich auf zu einer verhängnisvollen Begegnung. Der Mann missbrauchte sie schwer, auf deutsch: er vergewaltigte sie.

"Er baute ein raffiniertes System aus Lügen und Manipulation auf und hat sich das Mädchen so gefügig gemacht." So sollte später die Analyse des Gerichts lauten, das den 38jährigen Täter zu fünf Jahren und neun Monaten Haft verurteilte. Das alles klingt wie in einem fantastischen Film, ist aber bittere Realität. Das Vorgehen ist nur eines von vielen Beispielen für die perfiden Strategien, die Täter und Täterinnen nutzen, um sich Kindern und Jugendlichen im Netz zu nähern, sie real zu treffen und dann zu missbrauchen.

Mädchen und Jungen fallen darauf herein, weil sie eben Kinder oder Jugendliche sind. Sie sind den Strategien der Täter unterlegen. Immer. Das gilt online umso mehr. Woher sollen sie ahnen, dass jemand sich zwei, drei oder vier Profile ausdenkt, um sie zu manipulieren? Wie sollen sie wissen, dass Männer und Frauen gezielt Kinderchats oder Online-Kinderspielen beitreten? Dort wollen Täter und Täterinnen Kinder kennenlernen, potentielle Opfer ausloten.

### **Die Täter und Täterinnen sitzen mitten unter uns**

80-90 Prozent aller Taten sexuellen Missbrauchs finden im sozialen Nahfeld statt. Zu diesem Nahfeld gehört längst auch das soziale Netzwerk, der Chat, das Online Spiel oder die WhatsApp-Gruppe. Täter und Täterinnen wissen, wie sie sich Kindern nähern müssen, was sie fragen, sagen, bemerken müssen, um Mädchen und Jungen zu manipulieren. Cybergrooming nennt man das.

60 bis 90 Sekunden dauert es zum Beispiel, bis ein als Kind erkennbares Kind in einem Kinderchat von Erwachsenen angeschrieben wird. Nach zwei bis fünf Minuten spätestens beginnt der Erwachsene explizit über Sex zu sprechen und will sich verabreden. Auch das klingt auch nach einem schlechten Film, findet aber real statt.

Digital haben Täter und Täterinnen einen entscheidenden Vorteil. Sie haben unmittelbaren Kontakt zum potentiellen Opfer - und vor allem ungestörten Kontakt. Das bedeutet, es gibt niemanden, den sie außerdem noch von sich überzeugen müssen. Nur das Kind.

Und selbst wenn es jemanden gäbe: Mädchen und Jungen in Not wissen oft nicht an wen sie sich wenden sollen. Unverständnis, die Angst vor Repressionen, die Scham über die eigene Manipulierbarkeit – das alles sind Gründe, warum sich Mädchen und Jungen nicht mitteilen. Sie bleiben viel zu oft allein mit ihren Nöten. Und fühlen sich auch noch schuldig dabei.

## **Selbstdarstellung, das A & O des digitalen Exhibitionismus. Vom Selfie zu Sexting**

Selfie ist der Begriff, der neuerdings in aller Munde ist. Selfie steht für das selbstproduzierte Selbstporträt. Das schnell geschossene Bild mit einem Promi. Selbst die Bundeskanzlerin nutzt den Trend gern, um auf Tuchfühlung zu gehen mit ihren Fans, den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sexting“ setzt sich zusammen aus „Sex“ und „texting“, dem englischen Ausdruck für SMS schreiben. Sexting ist also das sexy inszenierte Selfie. Miley Cyrus nutzt es, um sich zu inszenieren, auch auf Twitter oder Instagramm. Selbst der Sänger Keith Urban berichtet in einer US Talkshow, wie er und seine Frau, Oscarpreisträgerin Nicole Kidman, Sexting nutzen - um ihre Beziehung lebendig und erotisch zu halten.

Ist das Selfie aber erst einmal digital verschickt, verliert man die Kontrolle. Das gilt im Netz für jedes Bild, egal ob sexy oder normal. Nutzer können die Bilder kopieren, weiterleiten, verändern. Eine Untersuchung der Internet Watch Foundation ergab, dass neun von zehn Sexting Selfies auf parasitären Webseiten landen, viele davon auf pornografischen. Sie entwenden das Bild - meistens ohne dass ihre Urheber davon erfahren.

Sexting Selfies sind zugleich ein perfektes Instrument der Erpressung. Ermittler beobachten eine zunehmende Entwicklung, in der Kinder im Internet von Erwachsenen überredet, ausgetrickst oder gezwungen werden, sexuell eindeutige Bilder von sich zu machen. Hat ein Mädchen oder Junge ein Nacktbild von sich verschickt, fordern Täter und Täterinnen häufig noch mehr Bilder, Filme, Handlungen oder Treffen. Und produzieren so auch Kinderpornografie.

### **Kinderpornografie – Abbildungen und Filme sexuellen Missbrauchs**

Am 18. März berichten Medien erneut von einem großen Schlag gegen ein Netzwerk zur Verbreitung von Kinderpornografie. Es geht um 27.000 Verdächtige, 2.000 Videos und mehr als 250 Opfer. US-Fahnder haben dabei einen der bislang größten internationalen Kinderpornoringe im Internet ausgehoben. 14 Verdächtige seien festgenommen und angezeigt worden.

Wie oft mögen die 250 Jungs auf diesen 2.000 Videos missbraucht worden sein? Wie viele Nutzer weltweit haben sich die Videos beschafft und weiter verbreitet? Wer schaut sich so etwas überhaupt an? Australische Strafverfolger beschreiben Betrachter von kinderpornografischem Material. Sie „leben in aller Regel in Beziehungen, haben Arbeit, verfügen über einen überdurchschnittlichen Intelligenzquotienten, eine Universitätsausbildung und sind nicht vorbestraft“ (Blundell et al, 2002).

### **Webcam-Kindersextourismus: Organisierter, bezahlter sexueller Missbrauch**

Ende 2013 bewies „terre des hommes“ Niederlande mit „Sweetie“, was es mit dem „Webcam Kindersextourismus“ auf sich hat. Sweetie ist die digitale Kunstfigur eines 10jährigen philippinischen Mädchens, deren Körper binnen weniger Wochen 20.000 Männer weltweit kaufen wollten. Ein lukrativer Markt des „Kindersextourismus.“ Eine sich neu und rasant entwickelnde Industrie. Ermöglicht einzig durch die digitalen Medien und die globale Vernetzung.

Die Technologie ermöglicht nicht nur über tausende von Kilometern hinweg zu missbrauchen, sondern diesen Missbrauch auch festzuhalten in Bild und Ton. Für immer. Für den Eigenbedarf, zum Tauschen oder Verkaufen. Alles ist möglich. Der digitale Exhibitionismus verändert eines der schrecklichsten Menschheitsverbrechen - er macht es einfacher, wahrscheinlicher und vermeintlich freiwilliger.

„Kinder und Jugendliche sollen die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet, optimal nutzen können, ohne mit für sie schädigenden Inhalten konfrontiert zu werden“, steht im Koalitionsvertrag. "Moderner Jugendmedienschutz muss Rahmenbedingungen für eine gemeinsam getragene Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen."

Was das heißen soll, weiß im Moment niemand. Zuallerletzt der Bundestag. Zwar hatte das Hohe Haus in der vergangenen Legislatur eine Enquete-Kommission eingerichtet, die sich mit "Internet und digitaler Gesellschaft" befasste. Monatelang tagten 12 Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen. Um sexuellem Missbrauch und seine Abbildungen im Netz aber kümmerte sich keine dieser AGs.

***Julia von Weiler** ist Psychologin (New York/Berlin) und befasst sich seit 23 Jahren mit sexuellem Missbrauch. Seit 2003 leitet sie Innocence in Danger, einen Verein der sich besonders mit sexueller Gewalt mittels digitaler Medien beschäftigt. Sie ist Autorin des Buches „Im Netz. Kinder vor sexueller Gewalt schützen“ (Kreuz Verlag 2011) sowie diverser Fachartikel. Hilfreiche Tipps zum Thema und digitalen Kinderschutz finden Sie unter [www.innocenceindanger.de](http://www.innocenceindanger.de)*